



1 Antragssteller: Henning Kulbarsch

## 2 A1 Ukraine unterstützen - Europäische Verteidigung 3 stärken

4 **Antrag:** Die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Niedersachsen fordern ange-  
5 sichts der höchst angespannten außen- und sicherheitspolitischen Lage in Europa  
6 die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Bundestag,  
7 Bundesregierung und den Institutionen der Europäischen Union (Kommission, Rat,  
8 Parlament) dazu auf,

- 9 1. die militärische, humanitäre und finanzielle Hilfe für die vom völkerrechts-  
10 widrigen, verbrecherischen russischen Angriffs- und Vernichtungskrieg be-  
11 drängte Ukraine fortzusetzen und noch auszubauen. Insbesondere müssen  
12 die Lieferungen leichter und schwerer Waffensysteme fortgesetzt und  
13 wenn nötig intensiviert werden. Auch die Finanzhilfen sind ausbaufähig und  
14 sollten in enger Abstimmung mit den außereuropäischen Partnern, etwa in  
15 den G 7, ausgebaut werden.
- 16 2. sich für einen EU-Beitritt der Ukraine stark zu machen. Die ukrainische Re-  
17 gierung hat am 28. Februar 2022, wenige Tage nach Beginn der russischen  
18 Invasion, ein offizielles EU-Beitritts-gesuch gestellt. Zwar ist klar, dass die  
19 rechtlichen und rechtsstaatlichen Voraussetzungen des Landes wirklich er-  
20 füllt sein müssen – einen emotional oder mit vermeintlicher Zeitnot begrün-  
21 deten Abschlag von europäischen Normen darf es nicht geben, insbeson-  
22 dere mit Blick auf die langfristige Bindung der Ukraine an die EU. Zugleich  
23 sind aber erste Schritte im Rahmen einer engeren Anbindung (privilegierter  
24 Zugang zum Binnenmarkt, Zugang zu EU-Programmen etc.) leichter mög-  
25 lich und sollten unmittelbar in die Wege geleitet werden.
- 26 3. sich für einen zügigen Beitritt der Staaten Finnland und Schweden zum Ver-  
27 teidigungsbündnis NATO einzusetzen. Beide Staaten sind Mitglieder der EU;



28 pflegen seit Langem ausgezeichnete Beziehungen zum transatlantischen  
29 Militärbündnis; sind als westlich-liberale Demokratien unseren gemeinsa-  
30 men Werten von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet  
31 und würden aufgrund ihrer starken Streitkräfte einen wertvollen Beitrag zur  
32 gemeinsamen Sicherheit im Ostseeraum, dem Baltikum, der Arktis und  
33 Skandinaviens leisten.

- 34 4. an dem Ziel festzuhalten, von nun an dauerhaft zwei Prozent des Bruttoin-  
35 landsprodukts für die Landesverteidigung aufzuwenden und die deutsche  
36 Bundeswehr nachhaltig zu ertüchtigen, insbesondere beim Material.
- 37 5. sich für die Schaffung einer echten europäischen Armee einzusetzen, die  
38 unter dem zentralen Kommando der EU-Kommission steht und deren Haus-  
39 halt, Verfassung und Aufgaben vom Europäischen Parlament definiert wer-  
40 den. Die gemeinsame Armee sollte zunächst 50.000 Soldatinnen und Sol-  
41 daten umfassen und ausschließlich der EU-Bündnisverteidigung dienen. Sie  
42 soll die nationalen Armeen ergänzen, nicht ersetzen.

**Begründung:** Der russische Angriffskrieg vom 24. Februar 2022 bedeutet wie von Bundeskanzler Olaf Scholz richtigerweise festgestellt eine „Zeitenwende“. In der Außen-, Verteidigungs- Energie- und Wirtschaftspolitik stehen sowohl auf nationaler Ebene wie auf EU-Ebene massive Kehrtwenden an, von denen einige auch bereits eingeleitet wurden. Insbesondere erfordern die aktuelle militärische Herausforderung durch Russland sowie die perspektivisch noch größere Gefahr durch China einen konsequenten Fokus auf den Aufbau besserer deutscher und vor allem europäischer Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen. Dabei muss es insbesondere darum gehen, die EU-Staaten unabhängiger zu machen von den USA und Großbritannien. Die sicherheitspolitische Abhängigkeit von diesen Staaten ist vor allem vor dem Hintergrund des Risikos einer erneuten Präsidentschaft der US-Republikaner nicht länger tolerierbar. Eine gemeinsame europäische Armee ist ein wichtiger Baustein dieser neuen europäischen Sicherheitspolitik. Ein zweites Element ist die Stärkung der nationalen Armeen, im Falle Deutschlands also die



bessere Ausstattung der Bundeswehr. Drittens wird eine Aufnahme Schwedens und Finnlands in die NATO die Sicherheit in Nordeuropa stärken.

Mit Blick auf die aktuelle Lage in der Ukraine ist festzustellen, dass langfristig der Beitritt der Ukraine zur EU definitiv erstrebenswert ist; zugleich ein zu schneller EU-Beitritt der Ukraine jedoch negative Konsequenzen haben könnte. So warten mehrere Staaten des Westbalkans, insbesondere Nordmazedonien, seit Jahren auf eine klare EU-Beitrittsperspektive. Vor allem die nordmazedonische Regierung hat große Risiken in Kauf genommen, um in Beitrittsverhandlungen mit der EU einzutreten, etwa die Namensänderung ihres Landes. Es wäre daher unfair diesen Staaten gegenüber, der Ukraine eine „Express-Mitgliedschaft“ in Aussicht zu stellen. Hier müssen vielmehr andere Formen der Kooperation jenseits der Vollmitgliedschaft ausgebaut werden, während die ukrainische Regierung und das ukrainische Parlament angehalten sind, konsequent den Rechtsstaat in ihrem Land zu stärken und den Einfluss der Oligarchen zurückzudrängen. Zeitgleich muss die Ukraine weiterhin militärisch, das heißt mit umfangreichen Waffenlieferungen, sowie finanziell und humanitär unterstützt werden. Dazu gehört auch die weiterhin großzügige Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge durch EU-Staaten.

Im Übrigen dürfen die sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht dazu führen, dass andere Politikbereiche auf der nationalen oder europäischen Ebene vernachlässigt werden. Dies gilt insbesondere für die Klimapolitik. Die Bedeutung einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaftsweise hat durch den Krieg in der Ukraine sogar noch einmal zugenommen, schließlich führt uns der Krieg schmerzhaft vor Augen, wie abhängig Europa immer noch von fossilen Energieträgern ist. Eine Reduktion der diesbezüglichen Abhängigkeit von Russland hat also nicht nur sicherheits- und energiepolitische, sondern auch klimapolitische Vorteile.